

Orientierung zuhanden der BundeshauspresseStellungnahme der Bundesanwaltschaft zu einem Protest

Kürzlich haben zwölf Nationalräte, unter ihnen Nationalrat Dr. Gerwig (Basel), der zugleich Anwalt des Ernest Mandel im hängigen Ausweisungsverfahren ist, in der Presse gegen "die Behinderung freier Information und direkter Auseinandersetzung mit oppositionellen Politikern und kritischen Wissenschaftlern des Auslandes durch die Schweizerische Bundesanwaltschaft" protestiert. Dabei wurden die Fälle des griechischen Exilpolitikers Mylonas, dreier Brasilianer und des Ernest Mandel erwähnt. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft stellt dazu folgendes fest:

1. Beim griechischen Exilpolitiker ^{Georg} Mylonas handelt es sich um einen in der Schweiz anerkannten Flüchtling. Nach der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern ist Flüchtlingen grundsätzlich jede politische Tätigkeit in der Schweiz untersagt. Die zuständigen kantonalen Instanzen durften daher Mylonas die Bewilligung zu politischen Reden nicht erteilen. Das ist geltendes Recht, das allerdings seit einiger Zeit und nun auch auf Grund eines Postulates Goetsch überprüft werden soll. Die Bundesanwaltschaft hat in dieser Angelegenheit überhaupt nicht verfügt.
2. Seit der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Schütz vom 7. Dezember 1970 ist den Mitgliedern des Nationalrates bekannt, dass die Eidgenössische Fremdenpolizei, nicht die Bundesanwaltschaft die Einreisevisa der Brasilianer Dowbor und Carvalho (Senior) auf Grund des Bundesgesetzes

h. B. 41. 21. Gr.

68/70

9/20

h. B. 44. 32. Bres.

GE BBE #1
 // 2. h. des interessierten
 Mitarbeiter und Kopier
 nach bet. Nummer.



über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer annulliert hat. Dies geschah, wie der bundesrätlichen Antwort zu entnehmen ist, weil sich die Genannten "für eine Fortsetzung von Gewaltmethoden einsetzten". Sie haben in der Schweiz öffentlich, sogar am welschschweizerischen Fernsehen sprechen können.

René Louis

p.A.42.14.0.3. Zum Gesuch um Redeerlaubnis für Carvalho (Junior) hat der Polizeidienst der Bundesanwaltschaft seinerzeit ablehnend Stellung bezogen. Der betreffende ausländische Redner gehörte einer Terroristengruppe an, die auch Unschuldige entführte und darauf ihre Erpressungen gründete. In zwei Kantonen hat Carvalho trotzdem Redeerlaubnis erhalten und auch gesprochen; ein dritter Kanton erteilte ihm keine Bewilligung. Wiederum hat nicht die Bundesanwaltschaft verfügt, sondern es waren die in dieser Hinsicht zuständigen und souveränen Kantone, welche entschieden haben.

s.B.41.74.B. 4. Im Fall des Ernest Mandel hat die Bundesanwaltschaft im Januar 1970 eine Einreisesperre erlassen. Diese wurde für eine Teilnahme des Ausgesperrten an einer politischen Diskussion anfangs Juli 1971 in Rüslikon nicht aufgehoben. Die Einreisesperre ist angeordnet worden, weil Ernest Mandel anlässlich einer früheren, bewilligten Rede in Lausanne seine Zuhörer unter anderem zur Unterstützung jener Bestrebungen in Frankreich und andernorts aufgerufen hatte, welche im Mai 1968 in Paris zu blutigen Unruhen geführt hatten, und weil von ihm in nicht bewilligten Reden subversive Taktiken und Praktiken vorgetragen worden sind, die in der Schweiz angewendet werden sollen. Eine "vorübergehende" Aufhebung der Einreisesperre kam nicht in Frage. Es wäre ein Präjudiz geschaffen worden, das die seinerzeit getroffene Fernhaltmassnahme für die Zukunft illusorisch gemacht hätte. Man konnte nicht für eine Gruppe von Zuhörer die Einreise bewilligen, für eine andere

- 3 -

aber nicht. Es ging also nicht darum, "Spitzenkräfte der Wirtschaft zu bevormunden", wie das im Protest formuliert worden ist, sondern um die konsequente Handhabung einer zu Recht erlassenen Sperre.

5. Die erwähnten einschränkenden Massnahmen gegenüber Ausländern, davon eine der Bundesanwaltschaft, stützen sich auf geltendes Recht und auf die Grundsätze, welche der Bundesrat in seinem Geschäftsbericht vom Jahre 1966 entwickelt hat. Diese Grundsätze lauten: "Dem Ausländer ist eine aktive, gegen unsere demokratische Ordnung gerichtete politische Tätigkeit, sei sie kommunistischer, rechtsradikaler oder anarchistischer Natur, nicht erlaubt. So darf er keine politische Propaganda dieser Art betreiben, auch nicht unter seinen Landsleuten, und er darf keine politische Organisation gründen, die zur Gefährdung der demokratischen Ordnung führen kann oder auf eine Einmischung in schweizerische politische Verhältnisse hinausläuft. Ueberdies darf der Ausländer in unserem Lande keine politische Tätigkeit entfalten, welche die guten Beziehungen der Schweiz zu ausländischen Staaten beeinträchtigen kann". Der Geschäftsbericht vom Jahre 1966 mit diesen Grundsätzen ist vom Nationalrat einstimmig, nämlich mit 136 gegen 0 Stimmen genehmigt worden, und gegen die Grundsätze hat sich keine Stimme erhoben. Ergänzend sei auf folgendes hingewiesen: Zur Zeit sind rund 760 Einreisesperren in Kraft, welche die Bundesanwaltschaft erlassen hat. Zirka 200 betreffen Linksextremisten, zirka 350 Rechtsextremisten und 210 solche Personen, denen Spionagetätigkeit vorgeworfen werden musste.

SCHWEIZERISCHE BUNDESANWALTSCHAFT

Bern, den 10. August 1971